

# Wirtschaftsdienst

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 24.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 12. Fernspr. Gr. I, 2447—51

Nr. 23	Hamburg, den 7. Juni	1918	
<b>Inhalt</b>			
Aufbau der japanischen Herrschaft in China.....	Seite 507	Weltwirtschaftliche Übersichten	
Dänemarks industrielle Zukunft.....	„ 509	Geld und Kapital.....	Seite 519
Englands staatliche Kohlenindustrie.....	„ 511	Schiffahrt und Schiffbau.....	„ 520
Gegenwärtige Lage und Ausichten der japanischen Baumwollindustrie.....	„ 513	Rohstoffe und Warenmärkte.....	„ 522
Die Entwicklung der deutschen Absatzgebiete in Europa und Übersee.....	„ 514	Getreide und Futtermittel.....	„ 524
Die einmalige Vermögensabgabe.....	„ 516	Vermischtes.....	„ 525
Österreich-Ungarn.....	„ 518	Wichtige Neueingänge.....	„ 526

(Nachdruck mit Genehmigung der Zentralstelle gestattet)

## Aufbau der japanischen Herrschaft in China

Ein Jahr politischer und wirtschaftlicher Durchdringung

Der Abschluß des japanisch-chinesischen Waffenbundes bedeutet die vertragliche Krönung der seit gut einem Jahr von Japan verfolgten Chinapolitik. Da der Wert der Vereinbarungen von dem Grade der Umsetzung in die Wirklichkeit abhängt, ist jetzt der gegebene Augenblick, in einer zusammenfassenden Darstellung das schrittweise Vordringen Japans in Chinas Politik und Wirtschaft seit Beginn 1917 vor Augen zu führen und so die Fundamente aufzudecken, die in Zukunft die japanische Herrschaft tragen sollen.

Wenn auch die Verquickung der politischen und wirtschaftlichen Ziele vielfach, namentlich bei der Anleihepolitik so eng ist, daß eine reinliche Trennung unmöglich ist, wollen wir doch in der Folge die rein politische Arbeit gesondert vorausnehmen. Hier ist wieder zu scheiden zwischen territorialen Zielen und Eindringen in die chinesische Politik und Verwaltung, speziell die Militärverwaltung.

### I. Politische Durchdringung

Bis Beginn 1917 konnte Japan als Kriegsgewinn in China die Eroberung von Kiautschou buchen. Die auf Erweiterung der territorialen Interessen abzielende Politik der provozierten Zwischenfälle hatte in China sowohl wie bei den Alliierten soviel Mißstimmung hervorgerufen, daß dadurch die erzielten kleineren Einzelerfolge zumindest wieder ausgeglichen wurden. Ebenso erwiesen sich die expresseriischen Forderungen Okumas, die Chinas Militärwesen unter japanische Leitung bringen sollten, als ein Fehlschlag. Als Erfolg dagegen kann der Sturz der selbständigen Politik Yuan Schi-kais bezeichnet werden.

Das Terautschis-Kabinett sah sich vor der Aufgabe, neue Wege zur Erreichung der japanischen Absichten zu finden. Es proklamierte als Programm die freundschaftliche Annäherung und Gemeinsamkeit der politischen und wirtschaftlichen Ziele beider asiatischen Nationen, wobei zwar Japan naturgemäß die Führer-

rolle zufallen müsse, dafür aber jede Einmischung in Chinas innere Politik unterbleiben solle. Die Politik war gefährlich und in der Praxis auch vielfach gefährdet, weil jeder offene Druck von nun an vermieden werden mußte, ohne daß dadurch das Mißtrauen Chinas beseitigt werden konnte. In dieser Schwierigkeit kam Terautschis die Entwicklung der weltpolitischen Lage in 1917 zu Hilfe. Rußlands Zusammenbruch, Englands völlige und Amerikas zunehmende Kriegsbehinderung mehrten die Elemente in China, die im Anschluß an Japan die Zukunft Chinas sahen. Diese Elemente zu stützen, in die Macht hineinzuschieben und am Einfluß zu erhalten und gleichzeitig als Gegenleistung von ihnen möglichst viel Zugeständnisse herauszupressen, war daher der sich von selbst öffnende Weg, auf dem Terautschis Schritt für Schritt vordringen konnte bis zum formalen Abschluß der von Okuma vergebens erstrebten Wehrgemeinschaft unter japanischer Leitung. Besonderes Glück hatte Terautschis darin, daß er schon zu Beginn 1917 in dem damaligen Ministerpräsidenten Tuan Tschis-jui eine mächtige, ehrgeizige und krupellose Persönlichkeit fand, die er zum Träger seiner Politik machen konnte. Der nun einsetzende, unterirdische, japanisch-amerikanische Kampf um die Besetzung der chinesischen Ämter, bei dem sich Japan unter Ausnutzung der englischen Furcht um den asiatischen Besitz der heimlichen Hilfe Englands versichern konnte, ist in früheren Aufsätzen ausführlich dargestellt. Amerikas Versuche, China vor Japans Zugriff durch den Anschluß an die Entente zu sichern, ermöglichte Japan im Trüben zu fischen und durch Mehrung der Wirren immer neue Vorteile zu erlangen. Viermal zwar mußte Tuan Tschis-jui im Laufe des Jahres seinen Rücktritt erklären, so daß scheinbar Japans Politik zu scheitern drohte. Aber vor dem ersten Rücktritt hatte Tuan bereits alle unbequemen Minister ausgeschifft. Das unlenkbare Parlament und damit die provisorische Verfassung,

sowie in der Folge den amerikanisch-orientierten Präsidenten Li Yuan-hung beseitigten dann die Tuan nahe- stehenden Militärgouverneure des Nordens, von denen wieder der übermächtige Tschang Hsun geschickt verleitet wurde, sich mit dem monarchistischen Staatsstreich zu isolieren, so daß nunmehr Tuan als Retter der Republik zur Macht zurückkehren konnte. Es blieb — neben den Führern des abgesplitterten Südens — als einziger bedeutsamer Rivale der ver- schlagene neue Präsident Feng Kuo-tschang, gestützt auf seine Anhänger in Mittelchina (Kiangsu, Kiangsi und Hu- peh), insbesondere seinen Nachfolger in Ranking Li Schun. Da Amerika sich inzwischen zur Anerkennung der japanischen Son- derstellung in China hatte bequemen müssen, wäre die Matt- setzung Fengs nicht schwer gewesen, wenn nicht innerja- panische Gegensätze inzwischen eine vorsichtige Politik geboten hätten. Aus Rücksicht auf die Opposition mußte Terautschis scheinbar dem Präsidenten Feng gegen Tuan freie Hand lassen, der Ende November anlässlich der Nie- derlagen der Nordtruppen in Hunan die Regierung niederlegte. Terautschis Einfluß ward dadurch nicht gefährdet, da er ge- eignete Ersatzmänner einschleusen konnte und außerdem in den Tuan ergebenen Militärgouverneuren des Nordens zuverlässige Agenten hatte. Trotzdem sorgte Terautschis dafür, daß Tuan Tschu-jui im geeigneten Augenblick zur Leitung zurückkehren konnte.

Diese neueren Vorgänge sind noch nicht bekannt und so interessant, daß eine kurze Skizze zweckmäßig erscheint. Nach den Niederlagen gegen die Südtruppen in Hunan mußte Tuan am 18. 11. formal seinen Rücktritt (zum drittenmal) anbieten. Der japanische Gesandte Hayashi intervenierte bei Feng, und Tuan blieb; die Kampfverfegung wurde beschlossen. Die „Peking Gazette“ ward wegen Aufdeckung dieser Vorgänge ver- boten. Wenige Tage später kam aus Japan die neue politische Orientierung. Tuan trat definitiv zurück, Ha- yashi reiste nach Japan ab. Präsident Feng leitete Veröhnungsverhandlungen mit dem Süden ein, da er bei einem Kompromiß hoffte, gestützt auf die vereinten Gouverneure Süd- und Mittelchinas, die Macht dauernd in die Hand zu bekommen. Eine neue Tutschunkonferenz in Tientsin zog einen Strich durch die Rechnung. In der Folge wechselte, da die Nordtruppen bis Ende Januar nicht zu sie- gen vermögen, ungefähr je nach der Kampflage die Stellung der Zentralregierung zur Kompromißfrage. Mehrmals dar- Feng Kompromißvorschläge machen, die aber jedesmal schnell wieder durch einen Gegenbeschuß auf Druck der Tutschun aufgehoben werden. Inzwischen mußte Feng Tuan Tschu- jui bereits am 18. 12. 17 zum „Chief Commissioner of War“ ernennen und ihm die gesamte Leitung aller Vorbe- reitungen für die angeblich nach Europa be- stimmte Expedition (insgesamt 5 Divisionen = ca. 50 000 Mann) unterstellen; so konnte Tuan sich, selbstverständ- lich mit japanischen Instrukturen, eigene Truppen ausbilden, mit denen er einen Druck auf Feng auszuüben in die Lage kam. Am gleichen Tage ward Tuans getreuester Gefolgsmann Tuan Tschu-kwei zum Kriegsminister ernannt. Ende Januar versuchte Feng, angeblich zum Zweck neuer Kompromiß- verhandlungen, nach Ranking zu seinem Anhänger Li Schun zu entkommen, mußte aber vor den Drohun- gen Mitschi-tschungs nach Peking zurückkehren. Damit war Fengs Einfluß gebrochen. Einem letzten Versuch, Kom- promißpolitik zu treiben, machte Tschang Tso-lin von Fengtien ein Ende, indem er sich eines Teils der in Tschinwangtau gelandeten ersten japanischen Waffenlieferung bemächtigte und Anfang März nach Peking marschierte. Seitdem ist Präsident Feng völlig eine Puppe in Tuans Händen. Am 17. Februar bereits mußte er das neue Wahlgesetz gemäß Tuans Entwurf erlassen. Diese Entwicklung der Lage veran- laßte den Ministerpräsidenten Wang Schi-tschan am 20. 2. zum Rücktritt, da er wohl nicht ganz als Strohhalm erscheinen mochte. Aus japanischen Gründen konnte aber Tuan erst am 24. März offen das Ministerpräsidium wieder über- nehmen, nachdem vorher Baron Hayashi auf den Pekinger Gesandtenposten zurückgekehrt war. Das ganze Zwischenspiel erweist sich also als eine in erster Linie für die japanische Öffentlichkeit gespielte Komödie.

Von dauerndem Interesse für die Zukunft bleibt die

haltung der agierenden Personen. Präsident Feng, der mehrfach seinen Rücktritt angeboten hat, wird wohl auschei- den, sobald die Nachfolgerfrage gelöst ist; sein Anhänger Li Schun ist für Japan ebenfalls kompromittiert. Als besonders bewährt haben sich dagegen bewiesenen Kriegsminister Tuan Tschu-kwei, ferner Tschau Kun von Tschili, Ni Schi- tschung von Anhwei, Tschang Tso-lin von Fengtien. Die wichtigsten Figuren bleiben natürlich Tuan Tschu-jui und der Verkehrsminister Tschau Ju-lin, der im neuen Tuan- Kabinett, das fast unverändert dem vorherigen entspricht, zu- gleich auch das Finanzministerium erhalten hat. Sein Vorgänger, der frühere Präsident der Bank von China, Wang Ko-min, hat offenbar die japanischen Wünsche auf Aus- lieferung dieser Bank und Gestaltung der Währungsform nicht ganz befriedigt, so daß der bei der Verkehrsbank bewährte Tschau Ju-lin jetzt die gesamte Finanzwirtschaft, ins- besondere die Anleihe-, Konzessions- und Wäh- rungs- sowie die Verkehrspolitik mit Japan regeln wird. (Die „Reform des Verkehrswesens“ ist bereits vor Monaten beschlossen und neuerdings wird über die Wäh- rungsreform verhandelt.) Inzwischen sind zwei neue Persön- lichen hervorgetreten, die anscheinend eine japanische Zu- kunft vor sich haben. Der oben erwähnte Hsu Schi- tschung, einst „the Sworn Brother“ von Yuan Schi-kai, vielfacher Würdenträger und Minister, im letzten Jahre einer der Intimsten Tuans Tschu-juis, wird vielfach bereits als kom- mender Präsident bezeichnet. Gelegentlich der im April erfolgten großen Begnadigung früherer Politiker, bei der fast alle an Tschang Hsuns Staatsstreich beteiligten Mo- narchisten mit Ausnahme des gefürchteten Führers die Frei- heit erhielten, tauchte Liang Schi-yi, ein früherer Führer des Südens und vielfacher Würdenträger (speziell in Finanz- und Verkehrsämtern) wieder auf, der von Tuan und Japan ausersehen scheint, einen Ausgleich mit den Führern des Sü- dens zu versuchen und an den Finanzaufgaben mitzuwirken.

Es scheint nämlich, als ob Japan jetzt, um in China möglichst bald geordnete Zustände zu bekommen, einem Kompromiß auf Personalbasis nicht mehr ab- geneigt ist. Baron Hayashi soll sogar selbst in Kanton ver- handeln wollen. Nachdem die Südpartei inzwischen geschlagen ist und die Städte Yutschau und Tschangtscha wieder aufgege- ben werden mußten, ist die Aussicht, daß die Südleute klein beigeben, gestiegen, zumal sie sich sagen müssen, daß ein Wi- derstand gegen die jetzt offen von Japan gestützte Tuanregie- rung wenig Aussicht auf Erfolg hat. Überdies haben die Ge- gensätze im Süden sich bis zum offenen Konflikt verschärft. Die Sun Yat-sen den Gehorsam verweigernde Flotte wurde von ihm angegriffen und beschloß ihrerseits Kanton. Zwischen der immer mehr an Einfluß verlierenden parlamentarischen Kli- que Suns und dem Generalinspektor beider Kwangprovinzen Lu Jung-ting besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz. Lu Jung- ting hat nur den Mandarinenehrgeiz, die drei Provinzen Kwang- tung, Kwangsi und Hunan unterstellt zu erhalten, ähnlich wie Tang Ki-yau neben Yunnan auch Szetschwan und Kweitshau beherrschen möchte. Wenn diese Männer, die im April in einer „Konföderation“ der Südprominzen einen festen organisatori- schen Zusammenschluß vollzogen haben, jetzt die Lage erfassen und sich mit dekorativen Stellungen und entsprechenden Ein- nahmen begnügen, so kann ein Kompromiß erreicht werden. Bedingung für Tuan Tschu-jui oder richtiger Japan ist aller- dings Verzicht auf wirkliche Macht, also Unterwerfung unter die in Peking zu zentralisierende Militär- und Finanzleitung.

Japan beherrscht heute die chinesische Politik durch seine Günstlinge. Das neue Wahlgesetz und das auf dieser Grundlage zu wählende neue „Parlament“ wird zweifellos so

aussehen, daß die Stellung der zur Regierung gebrachten Kreise dadurch nicht gefährdet wird. Und letzten Endes geht mit dem Waffenbündnis allmählich die militärische Macht in die Hände Japans über, da japanische Offiziere die Truppen in die Hand bekommen und die Heeresausrüstung in Zukunft von Japan besorgt und abhängig wird. Schon seit Monaten funktioniert als „Höchster militärischer Berater“ in Peking Generalleutnant Noki. Ergänzt wird dieser militärische Einfluß durch den finanziellen, der noch gesondert zu schildern ist und kürzlich in der Ernennung Baron Sakatanis zum „Höchsten Finanzberater“ offiziellen Charakter bekam. Als beste Sicherung des japanischen Einflusses dient aber die territoriale Beherrschung Schantung und der Mandschurei, von wo aus Japan Peking und die chinesische Regierung zwingend umklammern kann, falls einmal im Wechsel der Zeiten Neigungen zum Bündnisbruch sich zeigen sollten.

Ein ganz neues Anleiheprojekt ist übrigens jetzt dem Abschluß nahe, das die Reform des Telegraphenwesens in japanische Hände legen soll, gegen 20 Mill. Yen, nachdem kurz vorher die Firma Mitsui die Lieferungen und den Ausbau der drahtlosen Stationen sich gesichert hat. Japan scheint also auch das Nachrichtenwesen Chinas unter seine Kontrolle bringen zu wollen.

Die Sicherung und Ausdehnung der territorialen Einflußzone bildet ein besonderes Kapitel der japanischen Chinapolitik. Die amerikanische Kriegsbeteiligungsheße bewirkte auch hier eine Förderung der japanischen Wünsche, da Chinas Kriegserklärung die Aufhebung der Verträge mit Deutschland mit sich brachte und die Übernahme der deutschen Rechte in Schantung zu einer rein japanisch-chinesischen Angelegenheit machte. Japan hat aus dieser Auffassung heraus im Dezember mit der Einrichtung der Zivilverwaltung in Schantung begonnen, ungeachtet der privaten und formal-amtlichen chinesischen Proteste. Außer in Tsingtau selbst wurden im Verlauf der nächsten Monate in Orten entlang der Schantungbahn (angeblich in Tsinan, Kaohsien, Tangtsu, Tschangtien) japanische Zivilbehörden eingesetzt. Auch die japanische Post wurde bereits auf das Hinterland ausgedehnt, nachdem in Tsingtau schon seit Dezember keine chinesischen Marken mehr angenommen wurden. Am 4. 2. erklärte Motono im Parlament, daß es „die Absicht der Regierung ist, die Zivilverwaltung in Zukunft aufrecht zu erhalten“ (J. W. Chr. 14. 2.). Nach dem „Asahi“ funktioniert die Zivilverwaltung als Ergänzung des verbleibenden Militärgouvernements. Bezeichnend ist, wie am 19. 2. im japanischen Parlament betont wurde, daß von der Maßnahme weder die chinesische Regierung noch die Fremdmächte vorher in Kenntnis gesetzt wurden. Trotzdem die Maßnahme über die früher deutschen Rechte hinausgeht, ist sie wie ein selbstverständliches Recht als rein japanische Angelegenheit behandelt. Ob und inwieweit Japan versuchen wird,

die Zivilverwaltung über die Bahnzone hinaus und auch auf die chinesische Bevölkerung auszudehnen, läßt sich nicht voraussagen, das wird vom militärischen und wirtschaftlichen Bedarf und der Größe des Einflusses abhängen, den Japan auf die Gesamtverwaltung Chinas haben wird; je größer dieser ist, desto geringer brauchen die speziellen territorialen Sicherungen zu sein.

Das Vorgehen in Schantung kann zum Vorbild für das ganze Mandschureigebiet werden. Auch dort dürfte in Zukunft Japan in der Verwaltung sich so festsetzen, daß Chinas Rechte nur mehr dekorativer Natur bleiben. Der Ausbau des japanischen Einflusses setzte hier um Jahresmitte mit fortschreitendem Verfall Rußlands ein. Die Etappen sind gekennzeichnet durch die Verwaltungsvereinheitlichung von Korea mit Kwantung und dem Gebiet der südmandschurischen Bahn, verbunden mit Betriebsgemeinschaft der Bahnen; in der Folge durch Angliederung der Kirin-Tschangtschun-Bahn, Ausbau der Szupinkai-Tschentschiatunstrecke, Vorschlebung der Yen-Währung durch die Bank von Korea und die Oriental Colonisation Company, Verlegung zweier Divisionen nach der Mandschurei und neuerdings das Eindringen in die Nordmandschurei unter Vorschlebung der Chinesen mit dem Ziel der Angliederung der chinesischen Ostbahn, deren Strecken Charbin-Wladiwostok und Tschangtschun-Charbin lt. Jap. W. Chr. v. 28. 2. bereits durch Vertrag mit dem Präsidenten der Ostbahn unter japanische Kontrolle gebracht sein sollen; entlang der zweiten Strecke sind angeblich schon japanische Truppen stationiert. Die Ausweitung dieser Interessen auf das transbaikalische Sibirien in gemeinsamem Vorgehen mit China wird wohl nicht allzu lange auf sich warten lassen.

Auch in Fukien scheint Japan seine territorialen Interessen stärken zu wollen. Gegenüber den Protesten Chinas gegen die japanische Polizeitruppe in Amoy ist das Terautschis-Kabinett, ganz im Gegensatz zu seiner Nachgiebigkeit in anderen Konfliktfragen aus der Okumazeit, hartnäckig geblieben, und neuerdings ist von der Mitsui-Gesellschaft ein größerer Waffenlieferungsvertrag mit dem Tutschun von Fukien abgeschlossen, der zum Nachdenken Anlaß gibt. Nicht bestätigt hat sich dagegen der Kauf von Portugiesisch-Macao.

So hat Terautschis Politik in gut einem Jahre den politischen Einfluß Japans auf China außerordentlich stärken und sichern können. Schwierig wird es noch sein, das chinesische Selbstständigkeitsgefühl zu versöhnen und, ohne den Schein der Unabhängigkeit und Gleichberechtigung offen zu verletzen, sowohl die Herrschaft der Japanfreunde zu sichern, wie die militärische Durchdringung durchzuführen. Aber schon jetzt sind die Machtfundamente so stark, daß auf ihnen voll Vertrauen das wirtschaftliche Gebäude errichtet werden kann, dessen Betrachtung ein besonderer Aufsatz gewidmet sein soll.

Dr. P. Heile

## Dänemarks industrielle Zukunft

Es ist anzunehmen, daß Dänemarks Erwerbsverhältnisse noch wesentlichen Verschiebungen unterliegen werden, ehe sie nach dem Kriege von neuem feste Formen gewinnen. Wie anderswo hat auch hier eine Umwertung der Werte stattgefunden, eine wirtschaftliche Neuorientierung, die noch im Werden ist, aber auf andere Ziele als bisher hinweist. In einem Lande wie Dänemark, das für seine Ein- und Ausfuhr in so hohem Grade vom Auslande abhängig ist, muß man natürlich zu einer Zeit, wo der ganze internationale Wirtschaftsverkehr in schwere Fesseln

gelegt ist, mit Voraussetzungen besonders vorsichtig sein; immerhin sind gewisse Richtlinien schon jetzt so deutlich gezogen, daß sie von selbst in die Augen fallen.

Daß die Landwirtschaft, wie vor dem Kriege, einen hohen Rang einnehmen und einen wichtigen Faktor im Erwerbsleben des Landes bilden wird, läßt sich nicht bezweifeln. Dieser Erwerbszweig ist mehr als ein anderer auf Erfahrungen von Generationen aufgebaut und nimmt eine gesicherte Position ein, die sich zum nicht geringen Teil auf eine wertvolle Beweglichkeit